

# Frankosische Post

3 JAN 1921  
8 28 4 11 0 1 3 3 0

Erscheint 2-mal wöchentlich:

am Mittwoch und am Sonntag.

Bezugspreis: (mit Porto f. Auswärtige) 80 Hbl. für 1 Mt. Anzeigen: die 3-mal gefaltete Kleinzeile auf der ersten Seite 8 Hbl., auf der 4. Seite 6 Hbl. Traueranzeige 300 Hbl.

Geschäftsstelle: zeitweilig geschlossen  
(f. Mitteilung „Von der Redaktion“ in N. 60.)

Nr. 63.

Tiflis, Sonntag, den 19. September 1920.

12. Jahrgang.

## Von der Redaktion.

Diese Nummer erscheint wegen des unvorhergesehenen Feiertages am 16. d. Mts. (Ankunft der sozialistischen Delegation in Tiflis) nur in halbem Umfange.

Hiermit machen wir allen unsern Verwandten und Bekannten die traurige Anzeige, dass am Donnerstag, dem 16. Oktober 1920, unsere liebe Gattin, Tochter, Schwester und Schwägerin

### Adele Lamparter,

geb. Flad.

nach kurzem, schwerem Leiden sanft in dem Herrn entschlafen ist.

Die trauernden Hinterbliebenen.

## Berichtigung:

Die Mitteilung in der vorigen Nummer, daß mit der sozialistischen Delegation auch Karl Kautsky eingetroffen sei, hat sich als irrig erwiesen.

K. befand nämlich auf der Seereise in Rom plötzlich ein Unwohlsein, und mußte er deshalb zurückbleiben. Wie aber sein Sekretär angibt, wird K. mit dem nächsten Jahresplanmäßigen Dampfer aus Italien abreisen und dementsprechend um den 25. d. Mts. hier eintreffen. K.'s Aufenthalt in Georgien, für das er ein lebhaftes Interesse habe, werde längere Zeit dauern.

Die Schriftleitung.

## Politische Nachrichten.

Die indischen Mohammedaner wider England. — Die „West. Ztg.“ berichtet, der Leiter der indisch-mohammedanischen Delegation in London Mohammed Ali erhebe Einspruch gegen die Bedingungen des Friedens von Sevres, betreffend die Türkei. Die indischen Mohammedaner würden die Bewilligung dieses Vertrages mit allen Mitteln zu verhindern suchen. Letzten Endes dürften sämtliche indische Soldaten aus dem britischen Seeresdienst abberufen und England der heilige Krieg erklärt werden.

Remal Pascha u. der türk. Friedensvertrag. — Die Regierung Mustafa Kemal-Paschas hat anlässlich der Unterzeichnung des türk. Friedensvertrages nach Moskau (Tschitscherin) und nach Baku (Dobson) Kommissar Narimanoff und der XI. Division nachstehendes Telegramm geschickt: „Die Angoraaer Regierung, welche allein das Vertrauen der Bevölkerung Anatoliens und Rumeliens genießt, verweist diesen schmählichen Vertrag und erklärt, daß sie den Krieg mit der Entente mit noch größerem Nachdruck, noch größerer Energie als bisher fortsetzen wird.“

Sowjet-Rußland u. die Türkei. — Der türk. Ex-Generalstabschef Enver Pascha hat an den Völkerr-Kongreß in Baku (Nr. 81) ein langes Schreiben gerichtet, in welchem er u. a. erklärt, daß in dem Kampfe der nationalen Türkei gegen den Imperialismus Sowjet-Rußland der „einzige Bundesgenosse“ derselben sei. — Wie weiter verläuft, ist in Angora unlangst eine bedeutende Soldatenschickung für Kemal-Pascha aus Moskau eingetroffen.

Die Unabhängigkeit Ägyptens. — Zwischen England und Ägypten soll ein Vertrag vorbereitet sein, laut welchem letzteres Unabhängigkeit von letzterem anerkannt und sichergestellt wird. Ägypten seinerseits gewährt

dafür England im Tale des Nil eine bevorzugte Stellung. Auch behält England seine Garnisonen in dem an den Suez-Kanal angrenzenden Gebiet. Ägypten wird seine eigenen diplomatischen Vertreter im Auslande haben. („Times“.)

Unruhen in Petersburg. — In Petersburg sollen Kravalle stattgefunden haben, bei denen mehrere Romanoffe ihr Leben eingebüßt hätten. Der bolsch. Terror sei verächtlich worden. Am meisten schuld hieran sei natürlich wieder die Bourgeoisie. Was von ihr irgendwie das bolsch., „Borobies“ verlassen könne, fliehe unauhaltbar.

Der Bolschewismus ist keine nationale-russische Bewegung. — Der latv. Bischof Eduard von der Kopp, welcher unlängst aus Petersburg in Polen eingetroffen ist, hat einem Berichterstatter der „Times“ mitgeteilt, seine persönlichen Eindrücke hätten ihn davon überzeugt, daß der Bolschewismus mit der national-russischen Bewegung gänzlich gemein habe. Die überwiegende Mehrheit des russischen Volkes sei eine so träge Masse, daß jeder sie leiten könne, der von dem Stolz Gebrauch zu machen wisse. Eben sei es eine nicht große Gruppe von weltlichen Kommunisten, welche den Stolz schwingte. Unter ihnen befänden sich nur sehr wenig Ausländer; der übrige Bestand der Gruppe sei international. („Times“.)

## Das Schuldbekenntnis der deutschen Mehrheitssozialisten auf dem Genfer Sozialistenkongreß.

Die Beteiligung der Sozialisten am Weltkriege — und das zwar auf beiden Seiten, d. h. auf der der Mittelmächte sowohl, als auch der der Entente — war die Hauptursache des Verfalls der sogenannten Zweiten (II.) Internationalen. Das während des Krieges angehäufte gegenseitige Mißtrauen und die Erbitterung der einen (Sozialisten) gegen die anderen aber waren das Haupthindernis der Wiederherstellung der Internationalen. Ohne vorherige Verjährung der Sozialisten der Entente mit den Sozialisten der Mittelmächte konnte — das begreift auch jeder Sozialist — von einer Internationalen überhaupt nicht mehr die Rede sein. Dabei kam es nicht bloß auf eine formale Verjährung an, sondern vielmehr darauf, daß sich die feindl. Brüder einander auch innerlich wieder näherten, wieder verstehen lernten, und daß in ihnen das Gefühl der Zusammengehörigkeit — als Kinder einer Familie, als Kämpfer für ein und dieselben Ideale, als Vereidigter der nämlichen, einzigen, ihnen allein gleich teuren Sache — aufs neue lebendig wurde.

Das war nun keine leichte Aufgabe. Freilich, die Engländer und Italiener, welche unter den Verwicklungen des Krieges am wenigsten gelitten hatten, zeigten sich sofort nach Beendigung des Krieges geneigt, mit den Deutschen und Westretterern wieder freundschaftliche Beziehungen anzuknüpfen; auch waren die Franzosen und Belgier nicht abgeneigt, den Westretterern die Hand der Verjährung entgegenzustrecken, von den Deutschen jedoch wollten sie nicht eher wieder etwas wissen, als bis diese öffentlich erklärt haben würden, daß Deutschland und die deutsche Sozialdemokratie allein die Schuld am Kriege triffen. Die „Unabhängigen“ (Soz. Dem.) hatten natürlich die Franzosen und Belgier sehr bald für sich, da sie bekanntlich im Verlauf des Krieges einen behändigen Raub gegen die Niederung Wilhelm II. geführt und nach dem Sturz dieser Regierung sich hecht hatten, die Schuldfrage in beider Sinne zu beantworten. Die Mehrheitssozialisten mit Schreidemann an der Spitze, erwiesen sich aber als hartnäckiger und wollten den Gang nach Baku zunächst nicht unterbreiten. Die Beratungen in Basel, Amsterdamm u. Luzern über die Wiederherstellung der Internationalen hatten daher auch nicht den erwünschten Erfolg gehabt.

Erst der Genfer Kongreß (31. 7.—8. 8.) hat die Verjährung zwischen den Entente-Sozialisten, einschließ-

lich der Franzosen und Belgier, mit den deutschen Sozialisten, einschließlich der Partei Schreidemanns, gezeitigt, der Wiederherstellung der Internationalen fest somit in der Aussicht nichts mehr im Wege. Aber um welchen Preis ist die Verjährung möglich geworden!

Die zum Kongreß erschienenen englischen Sozialisten hatten um des lieben Friedens willen vorgeschlagen, die Schuldfrage überhaupt nicht zu berühren, da ja während des Krieges „von allen Parteien Fehler gemacht worden seien und es jetzt nicht angebracht wäre, die Schuldigen herauszufinden“. Die Sozialisten der neutralen Staaten verhielten sich zu diesem Vorschlag keineswegs ablehnend, traten aber auch nicht besonders für ihn ein, eine Auseinandersetzung zwischen den unmittelbar interessierten Gruppen — Franzosen, Belgiern und Deutschen — abwartend. Die Franzosen und Belgier erklärten, daß sie nicht in der Lage seien, die Beziehungen zur Partei Schreidemanns wieder aufzunehmen, falls der Kongreß nicht eine Resolution fassete, welche die Politik der deutschen Sozialdemokraten vor und während des Krieges in Bausch u. Bogen verurteilte.

Der Kongreß empfand es wie die Befreiung von einem Alpdruck, als nun der Vertreter der deutschen Mehrheitssozialisten, Dr. Adolph Braun aufrat und erklärte, daß „die Deutschen einverstanden seien, mit den französischen und belgischen Genossen die Frage über die Verantwortung für den Krieg zu erörtern und im Laufe der Verhandlungen mit voller Offenheit ihre Fehler einzugehen“. — Die Schuldfrage blieb somit auf der Tagesordnung und sollte zunächst in einem Ausschuss behandelt werden.

Aber bevor noch letzteres geschehen konnte, überreichte Dr. Braun dem Kongreß eine gedruckte Denkschrift, welche, trotz einigen Widersprüche in der Fassung seitens der Entente-Sozialisten, die Arbeit nicht nur der betreffenden Kommission, sondern des ganzen Kongresses bedeutend erleichterte, wie der Sozialist Bl. Wetters in der „Porba“ (Soz. Dem.), im Abhchnitt III seiner Artikelserie: „Auf dem Wege zur Wiederherstellung der sozialistischen Internationalen“ (f. Nr. 207/262 v. 11. d. Mts.), dem wir obige Angaben größtenteils entnommen haben, des näheren ausführt:

Die Denkschrift enthielt nämlich u. a. das Geständnis der deutschen Sozialdemokratie, daß „der unmittelbare Anlaß zum Kriege hauptsächlich, wenn auch nicht ausschließlich, bei der mit Kynlosigkeit geübten Gemütslosigkeit der jetzt gekürzten deutschen und österreichischen Macht habe lag“. Ferner bekennt sich die deutsche Sozialdemokratie in ihrer Schuld, „vor dem Kriege nicht mit der gehörigen Energie gegen die in Deutschland herrschende gewesene Ordnung angeknüpft zu haben, kraft welcher die auswärtige Politik des Reiches der Kontrolle des Reichstages entzogen war“. Ein weiteres Schuldbekenntnis spricht sich zu einem gewissen Grade auch aus folgender Stelle der Denkschrift: „Der Ausbruch der deutschen Revolution, die der Herrschaft des Militarismus und Pangermanismus (Alloeruschismus — D. Schiffs!) ein Ende bereitzte, hat sich zum großen Bedauern der ganzen Welt, vor allem des deutschen Volkes, um fünf Jahre verspätet. Das der Weg zur Revolution nicht früher geregelt wäre, ist eine Unzulassung, der wir deutschen Sozialisten und wiederum für jetzt bekennen müssen.“

In der Kommission für die Schuldfrage hat dann bezw. Vertreter der deutschen Sozialdemokratie (Dr. Braun) noch folgende Erklärung abgegeben: „1) Das Vorkommen Deutschlands hat, wie schon Marx u. Engels anerkannt haben, den Westrettern auf das Schmerzlichste geschützt, indem es Elsas-Vohringen im Jahre 1871 mit Sozial. annettierte. Für die Deutsche Sozialdemokratie gibt es keine ethisch-logische Frage mehr. 2) Das lauterliche Deutschland hat ein neues Verbrechen gegen das Völkrecht begangen, als es 1914 die Neutralität und die Unabhängigkeit Belgiens verachtete. 3) Das republikanische Deutschland selbst muß sich verpflichten zur Wiederherstellung der Folgen des Angriffes, den das lauterliche Deutschland ausgeübt hatte, nachdem es noch am Vorabend des

